

## **DIE KASSEN SIND LEER - WO IST DAS GELD GEBLIEBEN?**

Helmut Creutz

Bundesländer verringern ihre Personalausgaben - Gemeinden schließen Bibliotheken und Schwimmbäder - der Bund kürzt den Sozialetat - Nürnberg verringert die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen . . . Solche und ähnliche Meldungen kann man fast täglich in der Zeitung lesen. Doch trotz dieser Ausgabenkürzungen - irreführend als "Sparmaßnahmen" bezeichnet - verscherbeln Bund, Länder und Gemeinden auch noch ihr ganzes Tafelsilber: Post, Bahn, Beteiligungen und vor allem Immobilien, Werte, die letztendlich Eigentum der Bürger sind, mit ihren Steuergroschen einmal erworben. Doch auch dieser Rückgriff auf das Eingemachte reicht schon lange nicht mehr aus. Darum wurden und werden bislang immer höhere Schulden gemacht, die wegen ihrer enormen Zinsbelastung die Engpässe noch zusätzlich vergrößern. Alleine der Bund musste Mitte der 90er Jahre fast ein Viertel seiner Steuereinnahmen für den Zinsendienst aufwenden, weit mehr als für die vielgeschmähten Militärausgaben. Und mit knapp 70 Milliarden Euro sind diese Zinszahlungen, nach den Ausgaben für Arbeit und Soziales, schon seit langem der zweithöchste Ausgabenposten im Bundesetat!

### **Wie kommt es zu dieser Ebbe in den öffentlichen Kassen?**

Ist ein Rückgang unserer Wirtschaftsleistung oder unseres Reichtums die Ursache? Oder drückt vielleicht die EZB nicht genügend Geld? - Keinesfalls! Seit 1980 haben wir unser reales Sozialprodukt fast noch einmal verdoppelt. Selbst in den 90er Jahren konnten wir p.a. knapp zweiprozentige Wachstumsraten verbuchen. Zwei Prozent reales Wachstum heute sind aber - was leider kaum beachtet wird - in absoluten Mengen soviel wie zehn Prozent Wachstum in den 50er Jahren! Und drei Prozent reales Wirtschaftswachstum, von vielen als anzustrebendes Minimum betrachtet, würde in 24 Jahren eine Verdoppelung unseres heutigen Produktions- und Verbrauchsvolumens bedeuten, in 48 Jahren eine Vervierfachung und in 72 Jahren eine Verachtfachung! - Und das vor dem Hintergrund einer heute bereits unverantwortlichen Umweltbelastung!

Und was den Reichtum betrifft, so sind z.B. die Geldvermögen in unserem Land noch rascher als die Wirtschaftsleistung angestiegen, nämlich seit 1980 real auf das Dreifache. Im letzten Jahrzehnt legten sie sogar tagtäglich um 920 Millionen Euro zu. Allein die Zinserträge, die den vorhandenen Geldvermögen laufend gutgeschrieben werden, lagen im Jahr 2000 bei 800 Millionen Euro täglich! Und dass auch die Geldversorgung der EZB nicht zu knapp ist, zeigt sich an der immer noch vorhandenen Inflation.

Wie aber ist es möglich, dass es angesichts dieser steigenden Wirtschaftsleistungen, des wachsenden Reichtums und der ausreichenden Geldversorgung zu immer größeren Engpässen in öffentlichen und zunehmend auch in privaten Kassen kommt? Wie ist es möglich, dass in unserem Land sogar die Armut wieder um sich greift?

### **Die Erklärung liegt in der Verteilung**

Wenn man einen ausreichend großen Kuchen unter eine gleichbleibende Zahl von Essern aufteilt, braucht niemand Hunger zu lei-

den. Schneidet aber jemand ein größeres Stück heraus, bleibt den anderen weniger übrig, es sei denn, sie backen einen immer größeren Kuchen. Wachsen die Ansprüche jenes Nimmersatten jedoch rascher als der Kuchen vergrößert werden kann, dann nehmen auch bei wachsendem Kuchen zwangsläufig die Hungerleider zu.

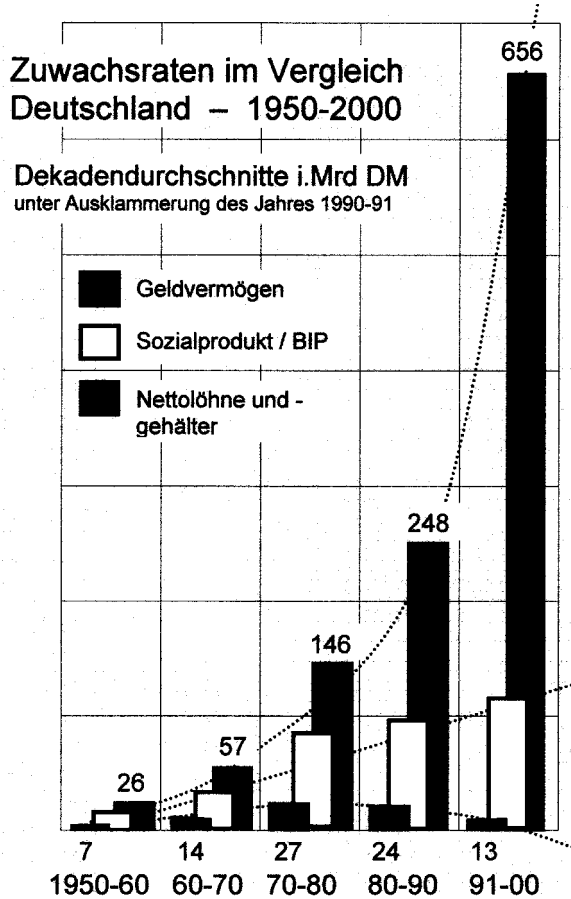
Genauso ist es in unserer Volkswirtschaft: Unser Leistungskuchen - das Sozialprodukt und das daraus resultierende Volkseinkommen - wird jedes Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat, meist als Dritter im Bunde genannt, greift in Wirklichkeit nur auf diese beiden Einkommensbezieher zurück. Bei der Arbeit bekanntlich sehr präzise jede Mark an der Quelle erfassend, beim Kapital weniger genau. Man denke nur an Luxemburg und andere Steueroasen. Oder an die großzügigen Steuergeschenke für Besserverdienende, die damit im letzten Jahrzehnt den Wiederaufbau-Ost zum Reichtumsaufbau-West umfunktionieren konnten.

Die Arbeitenden sind aber auch schon bei der Aufteilung unseres Leistungskuchens im Nachteil. Denn der Anspruch des Geldkapitals muss nicht nur vorrangig bedient werden, seine Größe und sein Zuwachs stehen auch schon vorher unverrückbar fest, gleichgültig ob die Wirtschaftsleistung ausreichend, wenig oder gar nicht zunimmt: Resultierend aus Geldkapital mal Zinssatz, sind diese jedes Jahr um etwa sieben bis acht Prozent wachsenden Zinsansprüche eine Größe, die niemals zur Debatte steht. Auch nicht bei den Tarifverhandlungen, die in jedem Frühjahr mit viel Medienecho zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgetragen werden. Auch hier streitet man sich nur noch um den "Rest des Kuchens", der nach der Kapitalbedienung übrig geblieben ist.

Das heißt, das Geldkapital diktiert in unserer Wirtschaftspraxis die Bedingungen, zu denen es sich für Kredite zur Verfügung stellt. Und die Erfüllung dieser Bedingung ist die Voraussetzung für alle Wirtschaftstätigkeiten, einschließlich der Schaffung jedes Arbeitsplatzes!

Die Höhe der Zinssätze ist aber nicht nur entscheidend für die Höhe der Kapitalansprüche an den Leistungskuchen, sondern auch für das weitere Wachstum der Geldvermögen. Denn deren Zunahme stammt in einer älter werdenden Wirtschaftsepoche immer weniger aus erspartem Arbeitseinkommen und immer mehr aus Zinsgutschriften. Selbst die Bundesbank schrieb schon vor fast zehn Jahren von einer "Selbstalimentation der Geldvermögen". Da diese Geldvermögen aber rascher wachsen als die Wirtschaftsleistung, bleibt von der Wirtschaftsleistung für die Arbeitseinkommen zwangsläufig immer weniger übrig.

Das Auseinanderdriften der realwirtschaftlichen und monetären Größen geht aus der Darstellung 1 hervor. In ihr werden die Zuwachsraten der Geldvermögen mit jenen des Bruttoinlandsprodukts und der Nettolöhne verglichen, und zwar als jährliche Durchschnittsgrößen in den jeweiligen Dekaden. Während die Zuwachsraten des BIP relativ linear ansteigen, gehen jene der Geldvermögen fast explosiv in die Höhe. Die Nettolohnzuwächse dagegen, die in den ersten drei Jahrzehnten noch etwa bei einem Drittel des BIP-Zuwachses lagen, fallen seit den 80er Jahren immer mehr zurück. In den 90er Jahren betragen sie nur noch ein Neuntel des Leistungszuwachses, während der Geldvermögenszuwachs beim Fünfeinhalbfachen lag.



Darst. 1

Bedenkt man, dass die Zuwachsraten der Geldvermögen auch die damit verbundenen Zinseinkommen widerspiegeln und dass hinter diesen Zinseinkommen entsprechende Zinslasten stehen, wird das eigentliche Problem erkennbar: die Bedienung der ständig steigenden Schuldenzinsen! Besonders betroffen sind von diesen Zinslasten die meist hoch verschuldeten Produktionsunternehmen, was sich u.a. in den zunehmenden Pleitezahlen abzeichnet, besonders deutlich in Hochzinsphasen und den ihnen folgenden Konjunktur-einbrüchen. Aber auch die Unternehmen die diese Konjunktur-einbrüche überstehen, sind zu erheblichen Ausgabenreduzierungen gezwungen. Gleichgültig ob sie diese im eigenen Betrieb realisieren oder durch Zurückstellungen von Investitionen: in beiden Fällen kommt es zu Anstiegen der Arbeitslosigkeit.

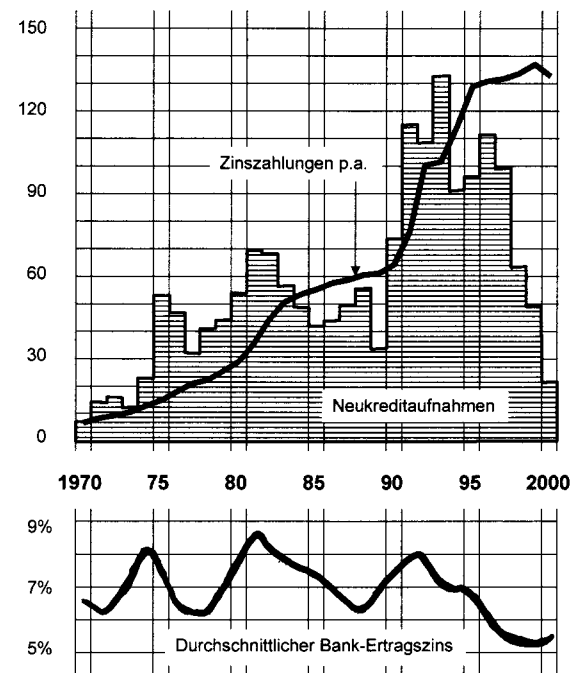
#### Was sind die Folgen für den Staat?

Konjunktur-einbrüche und abnehmende Beschäftigung haben in den öffentlichen Kassen nicht nur rückläufige Steuereinnahmen zur Folge, sondern auch noch ansteigende Sozialkosten. Der Versuch, dieses doppelte Dilemma durch höhere Kreditaufnahmen zu schließen, schlägt mit einem rasanten Anstieg der öffentlichen Schuldenzinsbelastung zu Buche, womit sich die Negativeffekte nochmals verstärken.

In welchem Maße die Neuverschuldungen des Staates mit der Zinsentwicklung zusammenhängen, zeigt die Darstellung 2.

### Neukreditaufnahmen und Zinszahlungen öffentliche Haushalte - Deutschland 1970-2000

Werte in Mrd DM



Darst. 2

Besonders deutlich wird diese Beziehung, wenn man die Anstiege der Zinssatzkurve mit den ihnen jeweils folgenden Anstiegen der Neukreditaufnahmen vergleicht. Aber auch in der Kurve der jährlichen Zinszahlungen zeichnen sich die Zinssatzanstiege mit leichter Verzögerung ab. Vor allem aber ist aus der Grafik bereits optisch zu entnehmen, dass die Summe der in den letzten 30 Jahren gezahlten Zinsen mit der Summe der öffentlichen Neukreditaufnahmen weitgehend identisch ist! Das aber heißt, die ganzen Kreditaufnahmen der öffentlichen Haushalte haben uns überhaupt nichts gebracht! Keine wirklichen Einnahmen, keinen zusätzlichen Raum für Investitionen! Sie haben nur eine Minderheit der privaten Haushalte, die ihr übriges Geld dem Staat leihen konnten, in gleicher Höhe reicher gemacht: Von 1970 bis 2000 um rund 1.900 Mrd DM bzw. 970 Mrd Euro!

Bedenkt man, dass der Staat auch heute und in Zukunft, selbst bei eingefrorener Schuldenaufnahme, jeden Tag 180 Millionen Euro an diese durchweg gut betuchten Geldgeber zahlt, 5,6 Mrd Euro im Monat und 67 Mrd im Jahr, und dass ihn diese Zahlungen zu Leistungsreduzierungen im Sozial- und Investitionsbereich und zu Personalentlassungen zwingt, werden die Folgen dieser sinnlosen Verschuldungen in ihren Größenordnungen erkennbar.

Diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen erklären auch, warum die Verantwortlichen bei uns selbst dann noch nach mehr Wirtschaftswachstum rufen, wenn dabei die Umwelt auf der Strecke bleibt. Denn die Politiker, gleich welcher Couleur, haben heute nur die Alternative, entweder ohne Wachstum in den sozialen oder mit Wachstum in den ökologischen Kollaps zu geraten. Da das Wirtschaftswachstum aber schon lange nicht mehr mit dem der Geldvermögen und Zinsströme mithalten kann, steuern wir zwangsläufig auf beides zu.

**Warum nehmen aber die Verschuldungen dauernd zu?**

Schulden kann man immer nur bei einem machen, der Geld übrig hat. Das heißt, Schulden können immer nur im Gleichschritt mit den sich ansammelnden Geldvermögen wachsen! Doch diese ständig wachsenden Geldvermögen bieten nicht nur die Möglichkeit zu weiteren Verschuldungen, sondern sie *zwingen* auch dazu! Dieser Zwang resultiert einmal aus dem Tatbestand, dass Staat und Wirtschaft die Lücken in den Kassen schließen müssen, die durch die Zinszahlungen entstehen. Vor allem aber - und das wird viel zu wenig beachtet - besteht ein gesamtwirtschaftlicher Zwang zur Ausweitung der Schulden im Gleichschritt mit den Geldvermögen. Denn wird das übrige Geld aus den Kassen der Zinsbezieher nicht über Neukreditaufnahmen in die Wirtschaft zurückgeführt, kommt es zu geldmangelbedingten Kreislaufunterbrechungen, zu Rezessionen und Deflationen.

Sind Unternehmen und Privathaushalte nicht ausreichend zu weiteren Kreditaufnahmen bereit, "dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde", wie Rüdiger Pohl, einer der "fünf Weisen", bereits vor Jahren in einem ZEIT-Artikel schrieb.

Entscheidend für die Schuldeneskalation ist also das Überwachstum der Geldvermögen, und für beides die Zinssätze, die seit Jahrzehnten über den Wachstumsraten liegen. Ursache dieser hochbleibenden Zinssätze ist wiederum der Tatbestand, dass sich die Zinsbildung, im Gegensatz zu allen anderen Marktpreisen, den Kräften von Angebot und Nachfrage entziehen kann. Denn sinkt der Zins unter eine bestimmte Marke, verknappten die Geldhalter ihr Angebot und verhindern damit sein weiteres marktgerechtes Absinken. Als Folge dieser künstlichen Verknappungsmöglichkeit kann das Geldkapital auch dann noch Zinsen erpressen, wenn diese aufgrund des Überwachstums der Geldvermögen und der Sättigung der Märkte eigentlich gegen null tendieren müssten. Und fällt der Zins trotz Knapphaltung noch weiter, weil die lukrativen Investitionen nicht im gleichen Tempo wie die Geldvermögen zunehmen, dann weicht das Geld in Börsen- oder Bodenspekulationen aus, an deren Ende - siehe Japan - deflationäre Rezessionen drohen.

**Wer zahlt die Zinsen?**

Allgemein wird angenommen, dass nur derjenige Zinsen zahlen muss, der persönlich einen Kredit aufgenommen hat. In Wirklichkeit aber müssen die Privathaushalte bzw. Endverbraucher auch für die vielfach höheren Schuldenzinsen der Unternehmen und des Staates gerade stehen. Denn die Zinsleistungen der Unternehmen gehen als Kapitalkosten genau so in die Produktpreise ein, wie die Personal- und Materialkosten. Und bei den öffentlichen Preisen stecken die Zinsen letztlich in allen Steuern und Gebühren.

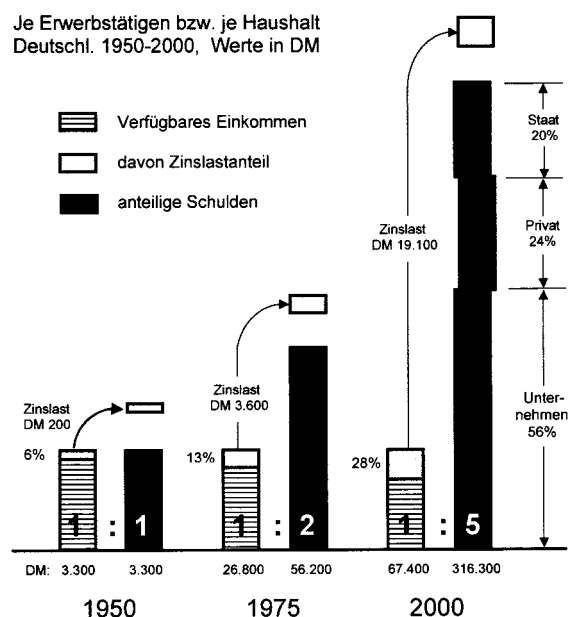
Die Folgen und relativen Größen dieser Belastungsentwicklungen sind in der Darstellung 3 wiedergegeben.

In dieser Darstellung werden die Gesamtverschuldungen in unserer Gesellschaft mit den verfügbaren Einkommen verglichen, jeweils umgerechnet auf den einzelnen Erwerbstätigen bzw. Haushalt. Aus dem Vergleich beider Größen in den drei Bezugsjahren geht als erstes das Überwachstum der Schulden in den letzten 50 Jahren deutlich hervor. Zwar sind - wie die konkreten Zahlen unter den Säulen zeigen - auch die nominellen Einkommen erheblich angestiegen, aber die Schulden und damit die Zinslastgrößen nahmen im gleichen Zeitraum viermal so schnell zu!

Rechnet man die in Prozenten des Einkommens wiedergegebenen Zinslastanteile in Arbeitszeiten um, dann musste 1950 jeder Erwerbstätige etwa drei Wochen im Jahr für deren Bedienung arbeiten, 1975 sieben Wochen und im Jahr 2000 bereits mehr als ein Vierteljahr.

Dabei ist hier nur von den Zinsen für die Geldschulden bzw. das Geldkapital die Rede. Die Zinsen für das schuldenfreie Sachkapital kommen noch hinzu. Da dieses schuldenfreie Sachkapital etwa bei einem Drittel des gesamten angelegten Realvermögens liegt, muss man also zu den ausgewiesenen 28 Prozent nochmal etwa die Hälfte hinzurechnen, womit man auf 42 Prozent kommt. Bezogen auf die Ausgaben der Haushalte, die sich nach Abzug der Ersparnis von den verfügbaren Einkommen errechnen, liegt der rechnerische Zinslastanteil sogar bei 46 Prozent! Das aber heißt konkret: Mit jedem ausgegebenen 100-Euro-Schein fließen inzwischen, direkt oder indirekt, durchschnittlich rund 46 Euro in den großen Topf des Zins-Monopoly-Spiels. Bei Preisen besonders kapitalintensiver Produkte oder Dienstleistungen, wie z.B. Raffinerieprodukte oder Wohnungsmieten, liegt der Zinslastanteil sogar bei 60 bis 80 Prozent.

**Relation verfügbares Einkommen zur Verschuldung**



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Nr. 035

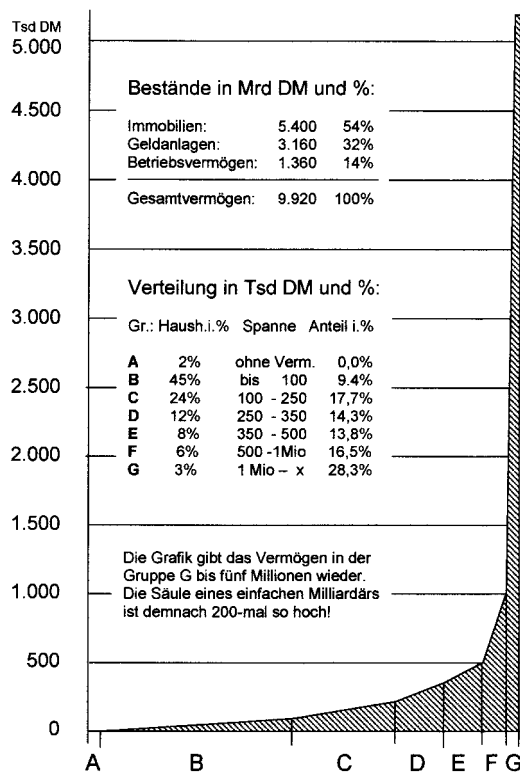
Darst. 3

**Wer erhält die Zinsen?**

Natürlich stehen diesen von den Privathaushalten letztlich zu zahlenden Zinslasten auch entsprechende Zinseinkommen gegenüber. Diese Zinseinkommen verteilen sich jedoch nicht nach der Höhe der Ausgaben, wie das bei den Zinslasten weitgehend der Fall ist, sondern nach der Höhe der zinsbringenden Vermögen. Diese aber sind - wie die Darstellung 4 wiedergibt - extrem ungleich verteilt, vielmals ungleicher als die Einkommen der Haushalte und vor allem ihre Ausgaben.

Wie aus der Darstellung hervorgeht, lagen bei der hier herangezogenen vorletzten Erhebung 1993 die gesamten Privatvermögen zwar bei 9.920 Mrd DM (= 5.072 Mrd Euro), aber die ärmere Hälfte der Haushalte war daran gerade nur mit 10 Prozent beteiligt. Zieht man aus diesen Vermögenswerten einmal die nicht zinsbringenden selbstgenutzten Immobilien heraus, wird die Sache noch wesentlich dramatischer. Bei den zinsbringenden Geldvermögen ist die ärmere Hälfte der Haushalte dann nur noch mit vier Prozent dabei, bei den Betriebsvermögen so gut wie überhaupt nicht!

**Privatvermögen in Deutschland – Stand 1993**  
Verteilung auf die Haushalte in Tsd. DM



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung / DIW © Helmut Creutz / Nr. 057

Darst. 4

Teilt man die Haushalte in zehn gleichgroße Gruppen und verrechnet die Zinslasten und Zinseinkünfte je Gruppe gegeneinander, dann ergibt sich, dass der Saldo bei den ersten acht Haushaltsgruppen negativ ist und bei der neunten Gruppe ausgeglichen. Nur bei der zehnten Gruppe übersteigen die Zinseinkommen die getragenen Lasten. Das heißt, dieses letzte reichste Zehntel ist der alleinige Gewinner des Zins-Monopoly-Spiels, und diese Minderheit der Haushalte gewinnt dabei genau so viel, wie alle anderen verlieren! Der daraus resultierende Netto-Transfer von der Mehrheit zur Minderheit beläuft sich p.a. inzwischen auf etwa 140 Mrd Euro, tagtäglich also mehr als 380 Millionen Euro!

Ob man selbst Gewinner oder Verlierer ist, kann jeder leicht überprüfen. Man braucht nur die jährlichen Zinserträge aus allen eigenen Anlagen mit jenen 46 Prozent der Ausgaben zu vergleichen, die man für die gesamten rechnerischen Zinsbelastungen in Ansatz bringen muss.

**Resümee:**

Entgegen allen Behauptungen fehlt es in unserer Volkswirtschaft also nicht an Geld. Es sammelt sich jedoch aufgrund der zins- und zinseszinsbedingten Vermehrungsmechanismen immer mehr in jenen Kassen, die bereits zuviel davon haben. Nutzbar für die Wirtschaft sind diese Überschüsse nur zu machen, wenn man sie über zusätzliche Kredite in den Wirtschaftskreislauf zurückführt. Mit diesen Rücktransfers aber wachsen die Zinsströme noch mehr an und damit die Konzentrationen der Geldvermögen und die Umverteilungsspannungen zwischen Arbeit und Besitz. Die daraus resultierenden sozialen Polarisierungen aber entwickeln sich zu einer immer explosiveren Mischung.

Geldvermögen und Schulden schaukeln sich heute also wechselseitig hoch. Unser monetäres System funktioniert damit wie ein Motor, der nur bei ständigem Gasgeben und zunehmender Treibstoffzufuhr weiter läuft. Alle Systeme und Prozesse aber, die auf diese unnatürliche Weise rückgekoppelt sind, müssen aus einfachen physikalischen bzw. mathematischen Gründen in Selbstzerstörungen enden.

Als Folge dieser monetären Wirkungsmechanismen sind also weitere Problemzunahmen in Wirtschaft und Gesellschaft unausweichlich vorprogrammiert. Neben der Umwelt gefährden sie vor allem den sozialen Frieden. Schon Ernst Breit hat zu seiner Zeit darauf hingewiesen, dass einer zunehmenden "verschämten Armut" ein zunehmender "unverschämter Reichtum" gegenübersteht. Auch der Bürgermeister von Hamburg, Ortwin Runde, hat vor einigen Jahren als Sozialsenator eine besonders rasche Zunahme der Sozialhilfeempfänger und der Millionäre in seiner Stadt festgestellt. Wenn es uns nicht gelingt dieser Polarisierung zwischen Arm und Reich Einhalt zu gebieten - so hat er weiter gewarnt - würden uns "Auseinandersetzungen wie in Lateinamerika drohen". Sicher ist das etwas hoch gegriffen. Doch was uns täglich näher rückt, sind die Tendenzen die wir seit zwei Jahrzehnten in Großbritannien und in den USA registrieren können: Steigende Reichtumskonzentration bei zurückbleibenden oder sogar sinkenden Mas-seneinkommen!

**Was kann man tun?**

Wer den hier geschilderten Problemen entgegen wirken will, muss zuerst einmal dafür sorgen, dass die weitere Scherenöffnung zwischen den monetären und realwirtschaftlichen Entwicklungen vermieden wird. Die Überentwicklungen der monetären Größen können jedoch nur abgebremst werden, wenn sich die Wachstumsraten der Geldvermögen jenen der Wirtschaft anpassen. Das wiederum ist nur möglich, wenn auch die Zinssätze auf die Wachstumsraten der Wirtschaft absinken.

Diese über den Wachstumsraten liegenden Zinssätze, aus denen das Gros der in diesem Aufsatz dargelegten Probleme letztlich resultieren, sind aber heute noch erforderlich, um Stockungen und Blockaden im Geld- und Wirtschaftskreislauf zu verhindern. Das heißt, man muss heute denjenigen, die Geld übrig haben, die Weitergabe mit einem (Zins)Aufschlag schmackhaft machen, um Rezessionen und Deflationen und damit schwerwiegende Konjunkturerbrüche zu vermeiden.

Diese Möglichkeit, durch Zurück- und Knapphaltung eines öffentlichen Gutes Vorteile zu erlangen, deren Höhe man letztlich auch noch selbst bestimmen kann, ist mit einem Rechtsstaat unvereinbar. Als Voraussetzung einer Änderung dieser Situation ist es darum zuerst einmal erforderlich, dass das Geld rechtsordnungsmäßig allen anderen öffentlichen Gütern gleichgestellt wird. Diese sind im allgemeinen dadurch gekennzeichnet, dass jeder sie unter gleichen Voraussetzungen nutzen, aber niemand sie blockieren darf. Die heutige Einstufung des Geldes, sowohl als öffentliche Einrichtung als auch privates Eigentum, die diese Blockade erlaubt, ist darum schlicht schizophoren.

Das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in unserer Wirtschaft muss also nicht nur - wie bereits der Fall - unter Annahmewang stehen, sondern auch unter einem (vielmals wichtigeren!) Weitergabewang! Oder anders ausgedrückt: Nicht nur die Vermehrung der Geldmenge durch Falschgeld, die zu Inflationen führen kann, muss als gemeinschaftsschädigend eingestuft werden, sondern auch die Verminderung der Geldmenge durch Blockierung, die zu marktwidrigen Zinshochhaltungen bzw., bei zu niedrigem Zins, zu Deflationen führt.

Um dies zu erreichen, müssen die heutigen destruktiven Umlaufsicherungen, nämlich der Zins als Zuckerbrot und die Inflation als Peitsche, durch eine konstruktive stetig wirksame Umlaufsicherung ersetzt werden, die auch dann noch den Umlauf des Geldes garantiert, wenn die Zinsen mit der Sättigung der Märkte und der Überwindung der Geldknappheit marktgerecht gegen null herun-

tergehen. Durch eine solche konstruktive Umlaufsicherung, die man sich als Geldnutzungs- oder Geldhaltegebühr vorstellen kann, oder wie von Keynes bezeichnet als "Durchhaltekosten" auf Geld, würde außerdem die Geldmenge präzise steuerbar und damit stabiles Geld und stabile Konjunkturlagen erreichbar machen.

Die verschiedenen technischen Möglichkeiten einer solchen Umlaufsicherung können im Rahmen dieser Abhandlung nicht erörtert werden. Bei den ebenfalls als Zahlungsmittel benutzten Sichtguthaben wären sie im Computer-Zeitalter - sofern erforderlich - als laufende Bestandsabgaben jedenfalls höchst einfach umzusetzen.

Sicherlich werden sich mit einer solchen Korrektur der Fehlstrukturen unserer Geldordnung nicht alle Probleme in der Welt auflösen. Doch ohne diese Korrektur müssen sie zwangsläufig immer größer und unlösbarer werden. Das gilt einmal für die ökologischen Probleme, da die Einführung wirksamer ökosteuern und -abgaben erst möglich wird, wenn wir nicht mehr unter dem heutigen monetär bedingten Zwang zum Wachstum stehen. Das gilt ebenfalls für die ökonomischen und sozialen Probleme unserer Tage, für den Abbau von Arbeitslosigkeit und Überschuldung, und damit für den sozialen Frieden innerhalb unserer Gesellschaften, der die Grundlage für den internationalen Frieden ist.

Wer also nach Erklärungen für die zunehmenden Engpässe in den öffentlichen oder eigenen Kassen sucht, für die Einschnitte ins soziale Netz und die widersprüchliche Entwicklung von Reichtum und Armut, kommt nicht daran vorbei, sich mit den Wirkungsmechanismen und Fehlstrukturen unserer Geldordnung zu befassen.

Zur Person: Der Autor befaßt sich - nach 35 Jahren Wirtschaftspraxis - seit 20 Jahren mit Analysen unserer Wirtschaft, vor allem in Bezug auf die Auswirkungen der gegebenen Geldordnung. 1989 erhielt er einen Lehrauftrag an der Uni Kassel und wurde von verschiedenen Seiten als Kandidat für den alternativen Nobelpreis vorgeschlagen. Sein letztes Buch, Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, ist in der 6. Auflage (5. Taschenbuch-Ausgabe) in überarbeiteter und erweiterter Fassung 2001 bei Econ erschienen.